



Bürgerschaftstelegramm- Extra

Februar 2008

2008-2012

Hamburg hat die Wahl!

Am 24. Februar 2008

11 Gründe für einen Wechsel

1: Beust ist amtsmüde

Nach gut sechs Jahren im Amt wirkt O.v. Beust müde. Seine Mannschaft ist ausgezehrt. Finanzsenator Peiner ist schon weg, Senator Uldall geht, Senator Lüdemann ist nicht zu halten, Senatorin Dinges-Dierig wird nach der Wahl ausgetauscht. Von Beust führt nicht inhaltlich sondern lässt die SenatorInnen machen. Er greift nur ein, wenn es ganz und gar aus dem Ruder läuft. Meistens viel zu spät! Dem Wirken seines ehemaligen Segelfreundes und Mieters Justizsenator Roger Kusch hat er viel zu lange zugesehen. Kein einziges zukunftsweisendes Projekt für die Stadt ist mit dem Namen von Beust verbunden. Im Gegenteil, eine Auswahl:

- Geplatzter Großdeal: HHLA Verkauf an die Bahn und danach erneuter Versuch die HHLA ganz zu verkaufen;
- Jungfernstieg, gerade erst für viel Geld raus geputzt, muss für die neue S-Bahn aufgebaggert werden;
- Olympia-Pläne aufgegeben;
- Schlechter Regierungsstil hätte beinahe die AIRBUS Landebahn verhindert;
- Die Bezirksverwaltungsreform sollte der große Wurf werden. Heraus gekommen ist ein Reförmchen;

Sympathie ist gut. Aber für die Zukunft der Stadt reicht das nicht aus. Hamburg kann es besser! Allmählich werden die Auswirkungen der unsozialen Politik seit 2001 deutlich sichtbar. Der Berufspolitiker v. Beust hat längst die Bodenhaftung verloren, lässt sich nachts durch Problemstadtteile fahren. Sollte von Beust das Rennen wieder erwarten noch einmal machen, wird sich spätestens ab 2010 die Frage der Nachfolge stellen. Michael Freytag steht schon bereit.

2: Falsche Schwerpunkte: Leuchttürme statt Teilhabe und Chancengerechtigkeit

V. Beusts Sparkurs in der Mitte der Wahlperiode 2005/2006 traf besonders da, wo die Hilfe der Stadt besonders nötig war. Während Frauenhäuser um ihre Existenz bangten, das Schulschwimmen abgeschafft werden sollte, Sportvereine für die Hallennutzung zahlen sollten, bei der AIDS-Prävention gespart wurde, das Sozialticket abgeschafft und die Volkshochschulen massiv zusammengestrichen wurde, gab der Senat an anderer Stelle mit vollen Händen: 4,7 Mio.€ jährlich für die umstrittene Hamburg Marketing GmbH. 2,5 Mio.€ für die Ansiedlung des sicher ehrenwerten „Weltzukunftsrates“, der dem Bürgermeister das Kohlekraftwerk Moorburg um die Ohren hauen könnte, wenn er sich denn einmal äußern würde. Die U4 in die Hafencity wird, obwohl ohnehin die falsche Entscheidung und zu teuer, nochmals um 17% oder 43 Mio. € teurer. Herr Tamm bekommt 30 Mio. Euro für ein maritimes Museum, auf dessen Konzeption und Inhalt die Stadt keinen Einfluss haben wird.



3: Beispiellose Arroganz der Macht

Der CDU-Senat unter O.v. Beust hat zwei Volksentscheide missachtet. Aber damit nicht genug! Denn dann hat die CDU noch eins oben drauf gesetzt und ihre absolute Mehrheit dazu benutzt, das Gesetz über die Volksbegehren und -entscheide im Alleingang zu ändern und deren Durchführung so zu erschweren, dass sie fast unmöglich wurden. Die BürgerInnen sollten schlicht mundtot gemacht werden. Ergebnis: Eine neues Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid“ hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Also musste O.v. Beust kleinlaut wieder zurück rudern.

4: Verkauf der städtischen Krankenhäuser (LBK)

Annähernd 75% der WählerInnen haben sich 2004 klar gegen den Verkauf der städtischen Krankenhäuser entschieden. O.v. Beust hat es trotzdem gemacht. Ein schlechtes Geschäft durch und durch. Die Pensionslasten von 375 Mio. Euro, die stets das Geschäftsergebnis des LBK belastet haben, sind voll bei der Stadt geblieben. Der Konfrontationskurs gegen die Beschäftigten und die neue Unternehmensführung haben dazu geführt, dass rund 2000 Rückkehrer vor der Tür der Stadt stehen, die der Senat nun unterbringen muss. Der Börsengang der Kliniken ist inzwischen ebenso kein Thema mehr, wie die angebliche Positionierung als europäischer Gesundheitskonzern. Der hoch sensible Maßregelvollzug in Ochsenzoll wurde trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken ebenfalls in die private Hand von Asklepios gelegt. Dort sitzen zum Teil hoch gefährliche Straftäter, die statt ins Gefängnis in die Psychiatrie eingewiesen wurden.

5: Wahlrecht

Gegen alle Gepflogenheiten hat die CDU nicht nur den Volksentscheid für ein neues Wahlrecht aus dem Jahr 2004 missachtet, sondern Änderungen auch noch im Alleingang und zu ihrem Vorteil vorgenommen. So wurden das Recht der BürgerInnen auf der Landesliste 5 Kreuze zu machen, abgeschafft. Folge: Auf der Landesliste kann man jetzt nur noch den Spitzenkandidaten ankreuzen. Bei der CDU: Der Amtsinhaber O.v. Beust. Ideal für den Ein-Personen-Wahlkampf der CDU. Einen Ruffel vom Hamburger

Verfassungsgericht gab es für die Relevanzschwelle in den Wahlkreisen. Folge: Erst sehr kurz vor der Wahl stand überhaupt fest, wie gewählt werden soll. Das schafft viele Fehlerquellen. Hoffentlich geht es glatt.

6: Gescheitert: Bahn-Deal

Es sollte endlich ein wegweisendes Projekt des Bürgermeisters werden. Die HHLA der boomende Hafenbetrieb und der Stolz der Stadt sollte an die Bahn verkauft werden. Die Zentrale der Bahn von Berlin nach Hamburg umziehen. O.v. Beust verkündete den Deal, obwohl er noch nicht in trockenen Tüchern war. Letztlich hat er sich von Bahnchef Mehdorn peinlich vorführen lassen, die Beschäftigten massiv verunsichert und der Stadt mit den Negativ-Schlagzeilen bei diesem wichtigen Thema geschadet. An der Plänen zum Verkauf der HHLA hielt v. Beust trotzdem fest. Massive Proteste der Beschäftigten und erheblicher politischer Widerstand führten schließlich zur Einsicht, erst einmal nur 30 % an der Börse zu veräußern. So ist es geschehen. Was nach der Wahl 2008 kommt, ist offen.

7: Fremde Federn und schlechte Umsetzung: Kindertagesbetreuung

2001-2004 sah von Beust zu, wie FDP-Senator Konteradmiral Lange ein heillooses Durcheinander bei der Kita-Betreuung verursachte. 2004 sammelte die Initiative „Mehr Zeit für Kinder“ der SPD Unterschriften für eine bessere Kindertagesbetreuung. Das entsprechende Gesetz mit der Ausweitung der Betreuungsansprüche hat O.v. Beust übernommen. Aber er hat kein zusätzliches Geld in die Hand genommen. Folge: Absenkung der Qualitätsstandards für die Bildung der Kurzen. Kita-Gutscheine gibt es nur noch für Berufstätige. Sozialer und pädagogischer Bedarf wird kaum noch anerkannt. In sozial benachteiligten Stadtteilen sind die Bewilligungen von Ganztagsplätzen zum Teil um 30% abgesunken. Aber 2.Bürgermeisterin Schnieber-Jastram brüstet sich mit dem Gesetz, dass andere durchgesetzt haben und dessen Umsetzung der Senat schlecht gesteuert hat. Folge: Größere Gruppen, schlechter Betreuungsschlüssel, Gebühren für Vorschule und Mittagessen in der Kita.

8: Gleichstellung

Die CDU lehnt eine Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften mit der Ehe nach wie vor ab. Hamburg ist bei der Gleichstellungspolitik nach sechs Jahren unter O.v. Beust vom Vorreiter zum Nachzügler geworden. Vorreiter bei der Gleichstellung im Landesrecht ist das rot-grüne Bremen. Der Senat hat zunächst sogar weitere Benachteiligungen bei der Zweitwohnungssteuer geschaffen, eine von der SPD beantragte Korrektur erst abgelehnt und später dann bei der überfälligen Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz dann doch noch vorgenommen. Das Senatsamt für die Gleichstellung wurde abgeschafft. Diversity Management kommt nur unter „ferner liefen“ vor. Im Vergleich zu München, Köln oder Berlin passierte in all den Jahren so gut wie nichts. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die dahinter stehende Anti-Diskriminierungspolitik hat der Senat torpediert. Eine allgemeine Landes Anti-Diskriminierungsstelle hat die CDU abgelehnt. Chancen im Rahmen des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle 2007“ wurden nicht genutzt.

9: Kürzungen bei der AIDS- Prävention

Die AIDS-Hilfe und Hein & Fiets mussten empfindliche Kürzungen hinnehmen. Und dies obwohl die HIV-Neuinfektionen seit 2001 stark angestiegen sind. Die AIDS-Beratungsstelle am Bernhard-Nocht-Institut wird bis Ende März 2008 geschlossen. Für die Zusammenlegung mit der Zentralen Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten in Altona hat der Senat der Bürgerschaft bis heute kein Konzept vorgelegt. Träger und Betroffene sind verunsichert.

10: Arbeitsmarktpolitik und Mindestlöhne

Langzeitarbeitslose bleiben auf der Strecke. Dabei hat der Senat die Mehrheit in der ARGE. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wurde von über 100 Mio. Euro auf 20 Mio. herunter gespart. Entsprechend weniger Hilfen für Langzeitarbeitslose gibt es nun. Während das Image der Stadt für Touristen aufpoliert wurde, nahm es der Senat unter von O.v. Beust hin, dass z.B. in Hamburger Hotels Reinigungskräfte für Hungerlöhne von 2,46 arbeiten mussten. Senator Uldall rief zwar zum Gespräch, aber mehr als ein hilfloser Appell an Tarifreue kam nicht heraus. O.v. Beust lehnt wie die CDU insgesamt Mindestlöhne ab.

11: Bildung

Die Turbo-Abi Einführung an den Gymnasien ist schlecht gemacht und führt zu einer Überlastung der SchülerInnen. Hierzu wurden außerdem die Gelder missbraucht, die der Bund – obwohl eigentlich gar nicht zuständig- für den Ausbau der Ganztagschulen bereit gestellt hatte. So floss das Geld überwiegend den Gymnasien zu. Er habe von Gesamtschulen jedenfalls die Nase voll, sagte von Beust laut Abendblatt (31.1.2008) vor dem Anglo-German Club. Und das obwohl 30,9 Prozent der Hamburger SchülerInnen eine Gesamtschule besuchen und die Max-Brauer Gesamtschule zu einer der besten Schulen bundesweit gekürt wurde.

Die SPD hat mit Dr. Michael Naumann einen Bürgermeister-Kandidaten mit Format, das bessere Programm und die höhere Kompetenz für das, was Hamburg jetzt braucht:

Eine Anstrengung, um die Menschen in Hamburg zu beteiligen, ihre Stimme zu hören, Armut zu bekämpfen und allen Menschen durch Bildung und Weiterbildung die Chance auf soziale, ökonomische und kulturelle Teilhabe zu bieten. Dann kann Hamburg für alle wachsen und nicht nur für die, die es sich leisten können.

Deshalb am 24. Februar:

1 Landeslistenstimme für Dr. Michael Naumann und 5 Wahlkreisstimmen für die SPD!

